

FU-BERLIN
INSTITUT FÜR ETHNOLOGIE
SCHWERPUNKT SOZIALANTHROPOLOGIE

SOZIALANTHROPOLOGISCHE ARBEITSPAPIERE

geschäftsführende Redaktion:
Julia Eckert

Nr. 79

Julia Eckert

**"Riots: That's something that happens in the slums".
Land, städtische Unruhen und die Politik der Segregation
(Bombay/ Indien)**

1999

Das Arabische Buch # Horstweg 2 # 14059 Berlin
ISSN 0932-5476
Tel. 030/322 85 23
e-mail: info@das-arabische-buch.com

Zur Herausgabe der "sozialanthropologischen Arbeitspapiere"

Die Herausgabe der sozialanthropologischen Arbeitspapiere ist eine Initiative des Schwerpunkts Sozialanthropologie am Institut für Ethnologie der Freien Universität Berlin. Absicht der Reihe ist es, erste Berichte aus noch ungeschlossenen Forschungen einer Fachöffentlichkeit vorzustellen und zugänglich zu machen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf eigenen empirischen Untersuchungen innerhalb des Spektrums ethnologisch-sozialanthropologischer Forschung.

geschäftsführende Redaktion:
Julia Eckert

Herausgeberbeirat:

Erdmute Alber
Ayse Çağlar
Georg Elwert
Ute Luig
Peter Probst
Shalini Randeria
Friedhelm Streiffler (HU Berlin)
Thomas Zitelmann

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Eckert, Julia:

„Riots: That's something that happens in the slums.“ Land, städtische Unruhen und die Politik der Segregation (Bombay/Indien) / Julia Eckert. – Berlin Das Arab. Buch, 1999 (Sozialanthropologische Arbeitspapiere ; Nr. 79) ISBN 3-86093-218-7

Anschrift der Redaktion: Institut für Ethnologie
Drosselweg 1-3
D-14195 Berlin
Tel: (030) 838 6725
Fax: (030) 838 6728

„Riots: That`s something that happens in the slums“.
Land, städtische Unruhen und die Politik der Segregation
(Bombay/ Indien)

von

Julia Eckert

Berlin 1999

Sozialanthropologische Arbeitspapiere
FU-Berlin - Institut für Ethnologie
Schwerpunkt Sozialanthropologie

“Riots: That’s something that happens in the slums.” Land, städtische Unruhen und die Politik der Segregation in Bombay, Indien.¹

Abstract: Das Recht auf Boden und staatsbürgerliche Rechte sind in der territorialstaatlichen politischen Ordnung eng miteinander verknüpft. Konflikte um Land haben insofern sowohl eine ökonomische als auch eine politische Dimension. Dies wird in Prozessen der (Siedlungs-) Segregation und der Vermachtung politischer Vertretung deutlich, wie sie in Bombay im Zusammenhang mit kommunalistischen Ausschreitungen auftreten.

In einer Situation, in der zahlreiche Bürger von Rechtlosigkeit in Bezug auf ihre Wohnrechte betroffen sind, und in der zivilrechtliche Prozesse von extrem langwierigen und auch teuren Hürden gespickt sind, wird eine Alternative für Rechtssuchende attraktiv: Parastaatliche Gerichtsbarkeiten mit schneller Rechtssetzung und einer schlagkräftigen "Exekutive". In Bombay sind es die Shakas, die Ortsvereine der Regierungspartei Shivsena, die eine Alternative zu den staatlichen Institutionen bieten. Die Shakas verdeutlichen aber auch ein Problem aller Hoffnungen auf eine kommunitaristische Organisation von Recht: Möglicherweise „traditionelle“ Institutionen der Konfliktregelung werden im Prozess ihrer Integration in einen politischen Rahmen, in dem über die Zuteilung von (staatlichen) Ressourcen entschieden wird, transformiert und werden zu Institutionen, in denen nicht nur Konflikte geregelt, sondern auch Machtbeziehungen durchgesetzt werden. Diese können rechtliche, ökonomische und politische Chancen monopolisieren.

Bombay, das heute Mumbai heißt, ist eine Einwanderungsstadt, und eine recht junge dazu. Die vielen einzelnen Inseln, aus denen Bombay einmal bestand, sind heute nicht mehr zu erkennen. Die Stadt wächst immer weiter in die Sumpf- und Hügelgebiete des Umlands hinein, aus denen die dort ansässigen *Tribals* verschwinden. Andere Menschen nehmen ihren Platz ein, Menschen von überall aus Indien, aus den ländlichen Regionen Maharashtra, Andra Pradesh, Bihars und Karnatakas. Seit 1970 hat sich die Einwohnerzahl der Stadt mehr als verdoppelt und wird heute auf ca. 12 Millionen geschätzt.²

¹ Die Forschung, die diesem Papier zugrunde liegt, fand im Rahmen des von der VW-Stiftung geförderten Projektes "Konflikttreiber – Konfliktschlichter" statt.

² Der Zensus von 1971 geht von einer Bevölkerung von 5 970 545 aus, d.h. 9 900 Personen pro km². Heute wird die Bevölkerung Bombays auf 12.5 Millionen geschätzt. (Statistical Outline of India, 1997 -98, 230)

An dieser Stelle kann nicht darauf eingegangen werden, warum diese Menschen nach Bombay kommen, obwohl es eine Geschichte wäre, die ebenso unter dem Titel der Landrechte erzählt werden könnte: Lange versprochene und nie durchgeführte Landreformen sind wohl einer der "push factors", die Indiens "Stadt des Goldes", Indiens Hort des *American dreams*, zum Anlaufpunkt so vieler machen.

Obwohl die Zuwanderung sich verlangsamt hat, kommen angeblich immer noch 300 täglich, um sich in Bombay niederzulassen.³ Niemand weiß es freilich, denn sie lassen sich nicht zählen. Sie siedeln in den riesigen „informellen“ Siedlungen, in Dharavi zum Beispiel, das den zweifelhaften Ruf hat, Asiens größtes Slum zu sein. Ca. 60 % der Bevölkerung Bombays lebt in den Slums, den Bastis, die, auf städtischem und privatem Boden oder auf dem Land der Eisenbahn gebaut, kaum städtische Infrastruktur aufweisen. Zwei oder drei Kleinfamilien leben hier auf 10qm, für die sie viel Geld an *slumlords*, *chawl*⁴-Besitzer oder die sogenannten *Dadas*⁵ als Pacht oder Miete zahlen. Platz, Hygiene und vor allem Sicherheit - Rechtssicherheit und die Sicherheit des Wohnorts - sind die dringendsten Probleme der Slumbewohner. Auch wenn die meisten arm sind, so sind sie doch der ländlichen Armut entkommen, und haben ein Einkommen meist aus selbständigen Tätigkeiten als Handwerker im Leder- Holz und Textilgewerbe, als fliegende Händler oder Dienstboten.⁶ Sie nähen die Kleider und Lederwaren für den Export, pflastern die Straßen, bauen die teuren Hochhäuser, tragen Obst und Gemüse bis in den 15 Stock, säubern und reparieren die Stadt, die Wohnungen und die Kleidung. Ohne die Arbeit der Slumbewohner wäre Bombay nicht die reiche Stadt, die "Stadt des Goldes", die es ist.⁷

³Das städtische Bevölkerungswachstum lag zwischen 1981 und 1991 33.6%. Die natürliche Wachstumsrate in Indien ist 1.72. (Statistical Outline of India, 1997, 39). Die Gesamtbevölkerung des Bundesstaats Maharashtra wuchs von 50.4 Millionen 1971 auf 80 Million heute. (ebd, 35) Ca. 48.4 Millionen Maharashtrier leben heute auf dem Land, 40.8 Millionen leben in städtischen Gebieten.

⁴ *Chawls* sind Miethäuser mit 10qm Einheiten, Gemeinschaftstoiletten und breiten Fluren, die ursprünglich zur Unterbringung der Industriearbeiter in Bombay entworfen wurden, heute aber auch in „informellen“ Siedlungen weit verbreitet sind.

⁵*Local leaders* sind die Mittelmänner, die *Dalal* zwischen den verschiedenen Institutionen des Staates und der Bevölkerung. Sie kümmern sich um Bleiberechte, um infrastrukturelle Maßnahmen, um Wasser, sanitäre Anlagen, Stromverbindungen etc. Sie kümmern sich um Schulzulassungen, Lizenzen für Kleinbetriebe, und um Schutz. *Local leaders* arbeiten oft hauptberuflich und leben von den „Gebühren“, dem *Dalali*. Politische Patronage ist für ihren Einfluß entscheidend. Es ist gebräuchlich von politischen Parteien, *local leaders* zu „adoptieren“. Gerade in städtischen Wahlen versuchen Parteien ihren Erfolg dadurch zu garantieren, daß sie Kandidaten mit lokalem Einfluß aufstellen. *Dadas* hingegen sind lokale Gangster, die eine Gang beschäftigen können. Sie unterscheiden sich von *slumlords* und *Chawlbesitzern* dadurch, daß ihre Haupteinnahmequelle nicht aus den Mieteinnahmen rührt, sondern in anderen Dienstleistungs- und Handelsunternehmen ihre Quellen haben.

⁶50% der Bevölkerung der „informellen“ Siedlungen Bombays lebt unterhalb der Armutsgrenze. (Statistical Outline of India 1997-98, 206)

⁷Nach Angaben des statistical outline of India 1997-98 hat Maharashtra, nach dem Punjab, den höchsten Anteil an urbaner Bevölkerung in der Kategorie „wohlhabend“, nämlich 58.8%. 35% der Einkommenssteueraufkommens Indiens werden in Bombay.

Weil Bombay zur indischen Finanzmetropole geworden ist, und früher Industrie- und Handelsmetropole war, ist jeder seiner knappen Quadrat-Zentimeter teuer. Die Bodenpreise in bestimmten Gebieten von Bombay lagen zeitweise über denen von Tokio und New York. Und dies war auch in den Slumgebieten so: Das Geld, das durch die Vermietung und Verpachtung von Slumland gemacht werden kann, ist auf Grund des hohen Quadratmeterpachtpreises enorm: In Jogeshwari kostete 1997 ein 10qm Ziegelhaus im Hindu Gebiet Rs 3 *lakh* (Rs 300 000), das sind ca. 15 000 Mark. Ein *Chawl* Zimmer von ebenfalls 10qm in den muslimischen BIT Gebäuden in Imamwada kostete Rs. 4 - 5 lakh, d.h. 20 - 25 000 DM.

Die Slums entstehen überall in der Stadt: Auf städtischem Land, auf Privatland, und dem Land der indischen Eisenbahn. Jedes Stück Land ist technisch Eigentum von irgendjemand. Meist ist es jedoch im Besitz von jemand anderem, und zwar nicht von denen, die darauf wohnen, sondern von selbsternannten Vermietern, Slumlords und Gangs, die für die Wohnrechte Pacht-Mieten verlangen, obwohl sie keine formalen Rechte an dem Land haben, das sie verpachten. Normalerweise affirmiert der Slumlord seine Rechte am Land durch die Stärke und Bewaffnung seiner Gang, sowie über die Verbindungen zur Administration und zu den politischen Parteien, über die er verfügt. Sein Einfluß in der Politik, allerdings ist wiederum abhängig von der Zahl seiner "Mieter", denn deren Wahlstimmen sind es, die er für Gegenleistungen den Politikern zur Verfügung stellen kann. Freilich bieten solche Gangs auch andere Dienstleistungen an und verfügen vielfach über wirtschaftliche Ressourcen, deren Quellen hier darzustellen den Rahmen des Papiers sprengen würden. Da die Zahl der Wahlstimmen, die er kontrollieren kann, den politischen Einfluß des Slumlords beeinflussen, ist er daran interessiert, möglichst viele Mieter zu haben.

Die legalen Eigentümer des Landes, das sich der Slumlord qua seiner Schlagkraft angeeignet hat, haben auf Grund einer Gesetzgebung, die legale Vertreibungen von Privatland schwierig macht, und auf Grund langwieriger Gerichtsverfahren, wenig rechtliche Möglichkeiten, die Slumbewohner zu vertreiben. Insofern müssen Landeigentümer mit ernsthaften Interessen an ihrem Land desgleichen auf die Dienstleistungen von Gangs zurückgreifen. Es ist aber auf Grund des starken Interesses von politischen Parteien an den Stimmen aus den Slums (die Mittelklasse wählt nur zu 20%), und den zahlreichen Gegenleistungen, die Politiker erbringen können, sowie den hohen Pachteinahmen unwahrscheinlich, daß die Gang sich in den Dienst eines Landeigentümers stellt. Der kann nur auf rivalisierende Gangs zurückgreifen.

Interessanter Weise affirmiert auch die Gesetzgebung, besonders der Mieterschutz, die Besitzrechte von Slumlords:

1975 wurde der *Maharashtra Vacant Lands Act* eingeführt, der die unauthorisierte Besiedlung vom freiem städtischen Land verhindern sollte. Auf den ersten Blick schien diese Verordnung die Interessen der Slum-Bewohner zu bedrohen. Im Grunde kam er ihnen aber teilweise zu Gute, als er die Besitzansprüche der *Chawl* Besitzer und Slumlords, und deren Recht, Mieten einzutreiben, untergrub.

1985 wurde die Verordnung als verfassungswidrig eingestuft, was dazu führte, daß die Besitzer der illegal errichteten *Chawls* nun Mietnachzahlungen für bis zu 9 Jahre forderten.

In ihrem Besitzanspruch wurden sie von dem *Bombay Rent Act* unterstützt. Die Verordnung ist eine extrem enge Mietpreisbindung. Mieten werden teilweise auf einem Stand von vor 30 Jahren gehalten. In dieser Zeit haben sich auf dem Markt Mieten ver Hundertfacht. Auf Grund der niedrigen Mieten können Vermieter zum einen ihre Wohnungen nicht in Stand halten, zum anderen bevorzugen sie es, sie leer stehen zu lassen, weil Kündigungen unmöglich geworden sind. Die Mietpreisbindung hat zu einer extremen Kriminalisierung des Marktes geführt. Unliebsame Mieter werden ermordet oder gewaltsam vertrieben und eingeschüchert. Vertreibungen sind heute eine lukrative Nebenbeschäftigung für die organisierte Kriminalität. In den „informellen“ Siedlungen hat die Verordnung aber zu einer Formalisierung der Besitzansprüche von Slumlords geführt, insofern regelmäßige Mietzahlungen das Verpächter-Pächter bzw. Vermieter-Mieter Verhältnis zwischen Slum/Landlord und Bewohner belegen. Obwohl zum Schutz der Mieter beabsichtigt, wurden illegale Aneignungen und Ausbeutungsverhältnisse so legalisiert, und Slumlords weitere Rechte - die von Besitzern - über die informellen Siedler eingeräumt, während die Bewohner informeller Siedlungen meist weiter in illegalen oder halb legalen Rechtssituationen verharren, die sie nicht berechtigen, von den Slumlords Leistungen einzufordern, und sie auch nicht vor der Vertreibung schützen.

Kommunalisierung der Zuwanderung

"*Why can't Mumbai be beautiful?*" fragt Bal Thackeray, ungewählter Führer der hindunationalistischen Regierungspartei *Shivsena*, in der Wahlkampagne für die Brihanmumbai Municipal Corporation (BMC) 1997. Damit spricht er den Traum vieler wohlmeinender Bürger von einem schönen und grünen Bombay an. Schmutz, Müll, Schutt, Luftverschmutzung, Überflutung der Kanalisation, Wasserknappheit, Lärm, Enge, Staus, giftige Gewässer, schlechte Straßen, kollabierende Gebäude etc. begegnen dem Bombay-er jeden Tag und überall. In wohlhabenden Gebieten haben sich Bürgerinitiativen gegründet um dem Verfall und der Fülle Herr zu werden. "*Now, we try to make our area better. See, there is dirt every where, garbage. The sidewalks are used for selling things and all the green areas are encroached on....Now, we have to*

help these people. They cannot live there. They should have a better place to live in."⁸ Die Ambivalenz zwischen sozialer Fürsorge und Vertreibung, die Vermischung von Dreck und der Inanspruchnahme von Platz, durch die, die im und teilweise auch vom Müll leben, will in einem Zuge die materielle und die menschliche Seite des Problems beseitigen.

"*All anti-pollution drives are against the poor*" sagt der Gewerkschafter Sharad Rao. Die "Überfüllung" der Stadt gewinnt eine andere Qualität, weil sie als eine grundsätzliche Bedrohung bestimmter Lebenswelten wahrgenommen wird, die im Zuge der Liberalisierung, der Deindustrialisierung und der Verlagerung von Bombays Wirtschaft in den informellen Sektor und die Finanzspekulation verschwinden. Es sind die Welten zwischen den Polen von Armut und Reichtum, die kleinbürgerlichen Welten, die, von beiden Seiten bedroht, gleichzeitig aber ein rasches Wachstum erfahren. Diese stehen unter enormen Leistungsdruck: Um sich den so knapp erworbenen Status zu erhalten, und nicht in die eben entflozene Unwägbarkeiten der „Informalität“ zurückzufallen, muß die letzte Hürde geschafft werden. Schon die Dreijährigen konkurrieren um die Zugänge zu Bildung und sicherem Job, legen Examen in Englisch ab und unterziehen sich einem Drill, um im Wettbewerb zu bestehen.

Die Schuldigen an der Bedrohung, an der Konkurrenz, an den hohen Mietpreisen, an Enge und Lärm, dem Dreck und der drohenden Arbeitslosigkeit, werden in den Zuwanderern ausgemacht. Obwohl die Stadt von den Zuwanderern lebt, über ihre Arbeit am Leben erhalten wird, werden sie als die Quelle des Mangels dargestellt: Dem Mangel an Land, dem Mangel an Sicherheit - denn auch die Kriminalität wird den Migranten und ihren Siedlungen zugeordnet - dem Mangel an Arbeitsplätzen, dem Mangel an Freiflächen und Platz, dem Mangel an dem schönen und grünen Bombay, das die Shivsena verspricht. Und so muß die Stadt gegen die verteidigt werden, die sie in den Augen vieler, und ganz explizit für die Shivsena "überfluten" und "überschwemmen". Und das ganz wörtlich: Als während des Monsuns 1998, wie jedes Jahr, die Straßen unpassierbar waren, weil das Wasser nicht abfließen konnte, machte der der Shivsena zugehörige Bürgermeister der Stadt Nandu Satam illegale Bangladeshi Immigranten verantwortlich: "*Their filth blocked the gutters.*"⁹

Genau die politischen Maßnahmen, die sich um einen Abbau der Landflucht bemühten, die Relokation der Industrie aus Bombay hinaus und in die ländlichen Distrikte nämlich, die durch Steuervergünstigungen, Energiesubventionen und ähnliches ermutigt wurden, haben gleichzeitig zum Abbau von Arbeitsplätzen im formellen Sektor in Bombay geführt, und damit zu einer

⁸Interview mit dem Industrialisten und Galeristen Kekoo Gandhi.

⁹India Today, 10.8.1998, 14

steigenden Unsicherheit der Lebenslagen der früheren Industriebeschäftigten. Die Maßnahmen zum Abbau der Zuwanderung in die Stadt haben in der Stadt eine Situation geschaffen, in der die weitere Zuwanderung als Bedrohung der prekären Lebenslagen wahrgenommen wird.

Migranten und ihre Siedlungen sind schlicht das sichtbarste Zeichen der städtischen Krise, mit der Bombay konfrontiert ist, und ihre "Beseitigung" erscheint als eine eindeutige Lösung aller Probleme. *"Mumbai is not a Dharamsala. My government has decided to deal firmly with encroachers...We are not in a position to accept the responsibility for all those who land up here."*¹⁰

Die Shivsena hat immer die Vorrechte derer, die schon da sind, gegen die, die erst kommen, vertreten: Sie hat Mobilitätsbegrenzungen nach sowjetischem Muster vorgeschlagen, die Betriebe von südindischen Zuwanderern abgebrannt und Firmen gezwungen, nur *die "sons of the soil"* einzustellen.¹¹

Die Tiraden gegen Zuwanderer haben sich nie auf die ökonomischen Aspekte der Konkurrenz beschränkt, sondern immer eine weitere Abgrenzung von legitimen und illegitimen Bürgern impliziert.

"Illegal Bangladeshi immigrants" sind heute ihre "Feindgruppe".¹² Die Vermischung von nationalstaatlichen, nationalistisch-kommunistischen und kommunal-städtischen Belangen gibt der Anti-Migranten Kampagne mehr Legitimität als frühere Versuche, die Zuwanderung zu begrenzen, die als eine regionalistisch motivierte Aufkündigung der Solidarität und der nationalen Identität ausgelegt werden konnten. Das Phantom der illegalen Zuwanderer aus Bangladesh beschwört das ganze Pantheon der Schreckgespenster herauf, das der Hindunationalismus etabliert hat: Die Bedrohung nationaler Sicherheit durch Unterwanderung aus den Nachbar-Ländern; den demographischen Sieg der Muslime über die Hindus; die wirtschaftliche Last muslimischer Armut und Rückständigkeit, überboten noch von den noch ärmeren und noch ungebildeteren Bangladeshis; die zweifelhaften nationalen Loyalitäten der Muslime; ihr "krimineller Charakter", und die aggressive Natur des Islam. So werden die tatsächlichen Probleme der Stadt und die tatsächliche Zuwanderung mit Bedrohungsbildern weit größeren Ausmaßes umgeben.

Die Schuldigen am Mangel, und an der Bedrohung des eigenen Status sind "die Anderen".

Den Slumbewohnern, denen erst einmal insgesamt das Bleiberecht abgesprochen wird, wird die legitime Teilhabe am Gemeinwesen, an der Gesellschaft nur wieder über ihre religiöse

¹⁰Manohar Joshi in Indian Express, 17.1.1998

¹¹siehe z.B. *Mary Feinsod Katzenstein: Ethnicity and Equality* 1979.

¹²Dies hat zu einem Konflikt zwischen der Bengalischen und der Maharashtraischen Landesregierung geführt, wobei Ministerpräsident Jyoti Basu die Maharashtraische Regierung der Diskriminierung von Bengalen anklagte (India Today, 10.8.1998, 13)

Zugehörigkeit zugesprochen. Vielleicht ist dies einer der Gründe - ein anderer liegt in den extensiven Patronagenetzen der Partei - warum die Shivsena so viele Wahl-Stimmen aus den Slums gewinnt: Die Shivsena macht es möglich, zur "*In-group*" zu gehören, zu den Berechtigten.

Kommunalistische Ausschreitungen und das Land

Obwohl die Einwohner Bombays sich lange einer kosmopolitischen Offenheit rühmten und religiöse Konflikte ins traditionelle Hinterland verbannten, gab es in Bombay immer wieder gewalttätige Zusammenstöße zwischen Hindus und Muslimen. Diese werden nicht durch Konflikte um Land ausgelöst, eskalieren aber an solchen und haben dadurch eine Wirkung auf die Verteilung von Land.

Städtische Unruhen bieten zum einen die Möglichkeit des *Landgrabbing*: Schon besetzte Gebiete werden gewalttätig geräumt und können von der Hand des einen Slumlords in die des anderen übergehen. Slumlords profitieren, insofern sie durch die allgemeinen Umverteilungen von Land neu verpachten können, alte Pachtverträge aber nicht einhalten müssen. Gleichzeitig hat das Baugewerbe Interesse, frei gewordenes Land zu erwerben und zu entwickeln. Teilweise nutzten auch die legalen Eigentümer des Landes die Gunst der Stunde, um endlich die Bewohner zu vertreiben, und das Land danach gewinn-bringend zu „entwickeln“. Auch Nachbarn von Slums haben ein Interesse daran, Slums zu beseitigen, da durch die damit mögliche Bebauung und die Aufwertung der Gegend auch ihr Besitz im Wert steigt.

Die Geschichte von Berampada

Bandra (West) ist ein schöner Vorort: Palmen und andere alte Bäume wiegen sich in der milden Brise vom nahen Meer, kleine Fischerhäuser, alte Villen, mit dem Charme vergangener Zeiten, stehen neben teuren Hochhäusern, die ob des vielen Grüns kaum zu sehen sind. Hier wohnen Filmstars und Fischer, viele Christen mit alten Kirchen und portugiesischen Namen und die Maharashtrische *Upper Middle Class*. Auf der anderen Seite der *Linking Road*, der Ausfallstraße in die weiter nördlich gelegenen Vororte, leben die Muslime, dicht an den Gleisen der westlichen Stadtbahn. Hier, zwischen den Gleisen der Bahn, der Autobahn und dem *Mahim Creek*, der südlichen Grenze, die *Bandra* von der Insel trennt, auf der die Innenstadt Bombays liegt, liegt *Berampada*, ein alter Slum mit ca 70 000 Einwohnern. Die meisten davon sind Muslime und haben sich schon vor langer Zeit, in den 50 und 60 Jahren hier niedergelassen.

Es waren die stinkenden Sümpfe, die den Mahim Creek begrenzen, die sie besiedelten. Mahim Creek ist ein breiter Kanal voll schwarzem, dickflüssigem Wassers und an seinen Rändern entlang erstrecken sich die Slums weit in die Stadt hinein, auf der südlichen Seite des Kanals, gegenüber von Berampada, z.B. Dharavi, Asiens angeblich größtes Slum.

Gleich im Osten von Berampada entstehen die Symbole des Fortschritts, Symbole von Bombays neuer *corporate identity*: Die glänzend weißen Bürogebäude von Indian Oil, der Maharashtra State Electricity Board (MSEB) und der Oil and Natural Gas Commission (ONGC) im unterkühlt-imposanten Stil der 80er Jahre.

In den 50er Jahren war hier nichts außer Sumpfland. Bandra, damals noch ein verschlafener, fast ländlicher Villenvorort von christlichen Fischern und Maharashtrischen Beamten, hörte an der Bahnlinie auf. Die ersten, die sich in Berampada niederließen,¹³ legten die Sümpfe eigenhändig trocken, trugen Erde von anderen Ecken der Stadt heran und machten den schlammigen, malaria- und wurmverseuchten Grund mit Schutt zu festem, bebaubaren Boden. Mit der Zeit wurden die Hütten aus Holz, Pappe, Plastik und anderem in feste Ziegelhütten umgebaut. Irgendwann, während eines Wahlkampfes, wurde den Bewohnern auch eine Wasserleitung gelegt. Mehr und mehr Menschen zogen zu, gründeten ihre Kleinbetriebe, meist im Textilgewerbe als Sticker, Näher, *Zari*¹⁴-Weber oder als Zimmerleute. Strom- und Telephonkabel wurden verlegt, öffentliche Toiletten und Wasserpumpen angeschlossen und ein staatlicher Rationsladen eröffnet. Rationsscheine sind fast ein Ersatz für Bleiberechte in Bombay, weil sie die Dauer der Besiedlung belegen. Noch besser sind *Photopasses* - aber die gab es für Berampada nie.

Heute leben in Berampada ca. 70 000 Menschen, von denen die meisten Muslime sind, ca. 12 000 Hindus und auch zahlreiche Christen.

Indira Gandhi legte in den 70er Jahren den Grundstein für ein *Slum improvement scheme*, mit dem Berampada in ein öffentlich gefördertes *Low Income Housing* Wohnungsbauprojekt eingegliedert werden sollte. Nichts geschah.

Nebenan jedoch, in Bandra East, unternahm das *Maharashtra Housing Board* (MHB) Wohnungsbau für die unteren Einkommensgruppen; die LIG (*Low Income Group*) *Colonies* entstanden im Norden von Berampada, danach auch die sechsstöckigen MIG (*Middle Income Group*) *Colonies* an der Ostgrenze des Slums. In den 80er Jahren kamen dann die genannten repräsentativen Bauten der Maharashtra State Electricity Board (MSEB) und der Oil and Natural Gas Commission (ONGC), von Indian Oil und des Amtsgerichts dazu. Dahinter liegt Kala Nagar, ein Wohnkomplex für die oberen Einkommensgruppen, Bal Thackerays Wohnort. Daneben erstreckt sich der Bandra Kurla Complex, das neue kommerzielle Zentrum der Stadt mit dem

¹³Interview mit der Anwohnerin Nasima.

"intelligenten Gebäude", das die neuesten Errungenschaften der aufstrebende Computer-Technologie Indiens beherbergt: Bandra East hat noch eine große Zukunft vor sich.

Auf Grund dieser Entwicklung liegt Berampada heute auf wertvollem Land. Die Bahn beansprucht das Land und hat Antrag auf Räumung gestellt. Die Nachbarn in den MIG und LIG Colonies beklagen sich über kriminelle Aktivitäten im Slum. Sie betrachten Berampada als eine Bedrohung, als Hort des Verbrechens, so wie es die Zeitungen dargestellt haben. Die Gewerkschaften des Maharashtra State Electricity Board (MSEB), der Oil and Natural Gas Commission (ONGC) und Indian Oil, alle fest in der Hand der Shivsena, beklagen sich über Belästigungen von Angestellten, wenn sie die Straße vom Bahnhof Bandra zu den Bürogebäude, die an Berampada entlang führt, benutzen.

Als im Dezember 1992, nach der Zerstörung der Babri Moschee in Ayodhya durch Schlägertrupps der VHP, der Shivsena, der Bajrang Dal und anderen affilierten hindu-nationalistische Gruppen, in Bombay Unruhen ausbrachen, ergab sich eine Kooperation der sehr unterschiedlichen Interessengruppen zur gewaltsamen Beseitigung des Slums:

Die Presse verbreitete Berichte und Gerüchte über angebliche Waffenfabriken in Berampada, über Verstecke von (pakistanischen) Terroristen und illegalen Bangladeshi Einwanderern, über die Bedrohung, die für alle Hindu-Anwohner von dem Slum ausging, bis dahin, daß jeder Hindu von den Bewohnern Berampadas in Stücke geschnitten und in den Gassen des Slums vergraben würde - und schürte so die Angst, die die Beseitigung des Slums legitimieren sollte.

Bewohner einiger MIG und LIG Colonies verschafften der Polizei und den Truppen der Shivsena Zugang zu den Terrassen ihrer Häuser, stellten dort Scheinwerfer auf, um sichere Ziele in Berampada für die Brandbomben zu beleuchten. Sie sammelten Unterschriften in den Colonies und schrieben ein Memorandum an das Ministerium, das ihnen angeblich zusicherte, den Slum zu räumen.¹⁵

Die Gewerkschaften organisierten *Aartis*, religiösen Zeremonien, während derer verschiedene Shivsena Politiker, allen voran Madhokar Sarpotdar, Hetzreden gegen Berampada hielten. Sie organisierten Straßenblockaden und behinderten Feuerwehr und Krankenwägen. Und sie schrieben wie die Anwohner einen Brief an den Innenminister mit der Bitte, den Slum zu beseitigen, die Straße zu verbreitern und damit die Sicherheit der Büroangestellten wieder zu gewährleisten.

¹⁴ Zari sind Goldstickereien auf festlichen Gewändern.

Die Shivsena, unter der Leitung von ihrem heutigen Abgeordneten im Bundesparlament Madhukar Sarpotdar, damals Abgeordneter im Landesparlament, dem Landesabgeordneten Shrikant Samolkar und dem lokalen *Shaka Pramukh* (Ortsgruppenvorsitzenden der Shivsena), und in Begleitung der Polizei griff Berampada gezielt an, mobilisierte die Unterstützung der Anwohner, verteilte Waffen und hielt während der von ihren Anhängern organisierten *Aartis* Hetzreden, in denen sie Gerüchte verbreitete und Angst und Haß schürte.

Die Polizei schritt nicht gegen die bewaffneten Gangs der Shivsena ein, schoß nur auf die Bewohner Berampadas, durchsuchte nur die Hütten der Muslime und nicht die Shivsena *Shakas* und Wohnungen der Anwohner nach Waffen, ja: mischte teilweise sogar bei den Brandanschlägen mit.

Nachdem die Beseitigung oder Vertreibung der Bewohner Berampadas in den Unruhen von Dezember und Januar ersteinmal gescheitert war, und Bombay sich beruhigte, gab es einen letzten Versuch, Berampada zu zerstören: In der Nacht des 1. Februar 1993 wurden die Hütten von den umliegenden Gebäuden und von einem Ganesh Tempel, vor dem sich Shiv Sainiks versammelt hatten, mit Feuerbomben beworfen. Die Feuerwehr wurde zur gleichen Zeit angeblich von der Polizei daran gehindert, Berampada zu erreichen. Die Polizei schoß von den Dächern der LID Colonies auf die Bewohner, die versuchten, das Feuer zu löschen.

Aber die Bewohner Berampadas blieben. Sie bauten ihre Hütten wieder auf, nahmen ihre Arbeit auf, forderten, die Schulen wieder zu öffnen. Berampada gibt es noch.

Solche Fälle von Versuchen, einzelne Siedlungen oder bestimmte Teile „informeller“ Siedlungen vollständig auszuradieren, lassen auf das Engagement von Bodeninteressenten schließen. Solche Strategien lassen Gewalt weiter eskalieren, sind aber selten der Auslöser von kommunalistischen Ausschreitungen.

Interessant ist aber, daß diese Versuche der vollständigen Vertreibung in Bombay meist gescheitert sind. Was aber Erfolg hat, sind die kleinen Grenzverschiebungen. Es sind die Versuche der Betroffenen, den Konflikten aus dem Weg zu gehen, sie zu regeln, die die eigentlichen Erfolge in der Umverteilung von Land erreichen: Der Umverteilung von Land von der Minderheit auf die Mehrheit, von Arm auf Reich, von besiedeltem "Wohnland" auf kommerziell zu entwickelndes

¹⁵Interview mit Mr. Jamkhedkar, selbst Bewohner der MIG Colonies.

Land, von dem einen *Dada* auf den anderen, und mit den Bewohnern von der einen politischen Partei zur anderen.

Ghettoisierung

Während kommunalistischer Ausschreitungen fliehen viele Bewohner besonders betroffener Gebiete zu Verwandten oder in Notlager in andere Stadtteile. Vor allem fliehen Hindus oder Muslime, die in ihrem Wohngebiet je eine Minderheit darstellen, in Gebiete, wo ihre Religionsgruppe die Mehrheit bildet. Teilweise kehren sie danach wieder in ihre Wohnungen zurück, viele entscheiden sich aber, in den "sichereren" Mehrheits-Gebieten zu bleiben. Viele wollen schlicht nicht neben ihren Nachbarn leben, denen sie einst vertraut, und die sie dann in den riots angegriffen hatten. Rehabilitations Projekte für Flüchtlinge in den Vorstädten etablierten sich religiös homogen. „Ethnische Sauberkeit“ ist der Effekt.

Dieser Prozess der Siedlungssegregation drückt sich z.B. auch in den Immobilienpreisen aus: In Immanwada, z.B., einem *Chawl*-Komplex im weitgehend muslimischen Bhandi Basar in South Central Bombay, gibt es 10 Wohnblocks (*Chawls*). Sieben davon sind muslimisch, drei sind von Hindus bewohnt. Viele der Bewohner wollen fort ziehen, um sich sozial zu verbessern. Während die *Chawls* in den muslimischen Gebäuden 4 - 500 000 Rupien kosten, muß man für ein Zimmer in einem der Hindu-Häuser nur 30 000 Rupien zahlen. Die Preise sind dort so gesunken, weil man nicht an Muslime verkaufen will, aber auch keine Hindu-Käufer findet, die nach Immanwada ziehen wollten.¹⁶

Ähnlich fallen die Preise von Wohnungen an den Grenzen zwischen der einen und der anderen Gruppe, den Gebieten, die als erstes und meist am dauerhaftesten von Unruhen betroffen sind. Weil die meisten versuchen, ins "Innere" ihres Gebietes zu ziehen, um sicher zu sein, verlieren die Häuser am Rande an Wert. Zudem verkleinert sich so immer weiter das Gebiet, die Grenzen ziehen sich zusammen, und die Bevölkerungsdichte im "Innern" nimmt immer weiter zu.

Die Geschichte von Jogeshwari

In Jogeshwari East, östlich derselben Bahngleise, die Berampada begrenzen, aber weiter im Norden der Halbinsel, auf der Bombay liegt, erstrecken sich verschiedene Slums mit insgesamt ca. 350 000 Einwohnern über 6 qkm. 60% der Bevölkerung sind Hindus, ca. 35% sind Muslime, und

Sikhs und Christen bilden die restlichen 5%. Die meisten der Hindus sind als Angehörige der „*Backward Castes*“ klassifiziert. Fast alle Bewohner gehören den unteren Einkommensgruppen an, die meisten von ihnen arbeiten im informellen Sektor. In den letzten Jahren gab es viel Zuzug in die Siedlungen. Die Bevölkerungsdichte hat zugenommen.

Um die informellen Siedlungen herum entstehen seit Anfang der 90er Jahre verschiedene private Wohnungsbauprojekte; auch ein Unterhaltungspark wurde 1997 eröffnet. Gerade das noch von der Congress (I) Regierung entworfene, von der Shivsena-BJP Regierung eingeführte *Slum Rehabilitation Scheme* (SRS), hat zu Spekulation mit Land um die informellen Siedlungen herum geführt, da die Bau-Unternehmer hoffen, das Land der Siedlungen ebenfalls über den SRS entwickeln, und damit die ganze Gegend gentrifizieren zu können.¹⁷

Jogeshwari wurde immer wieder, d.h. 1964, 1974/75, 1984, 1991 und 1992/93 von kommunalistischen Unruhen erschüttert, auf deren Ursachen und Auslöser an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. Mit jeder Ausschreitung hat sich die Zahl derer vermehrt, die ihre Häuser für immer verließen und sich einen anderen Wohnort suchten. YUVA, eine einflußreiche NRO, stellte in Stichproben über die Jahre nicht nur eine wachsende religiöse Segregation, sondern auch einen enormen Wertverlust bei den „Umsiedlern“ fest, als sie ihre Häuser vielfach schlicht aufgeben mußten, bzw. sie durch Brandanschläge verloren, oder sie unter Wert verkaufen mußten, weil gerade die Häuser an den Grenzen zu den Gebieten der „anderen Gruppe“ ob ihrer exponierten Lage in städtischen Unruhen an Wert verloren - oder gar keine Käufer mehr fanden.¹⁸

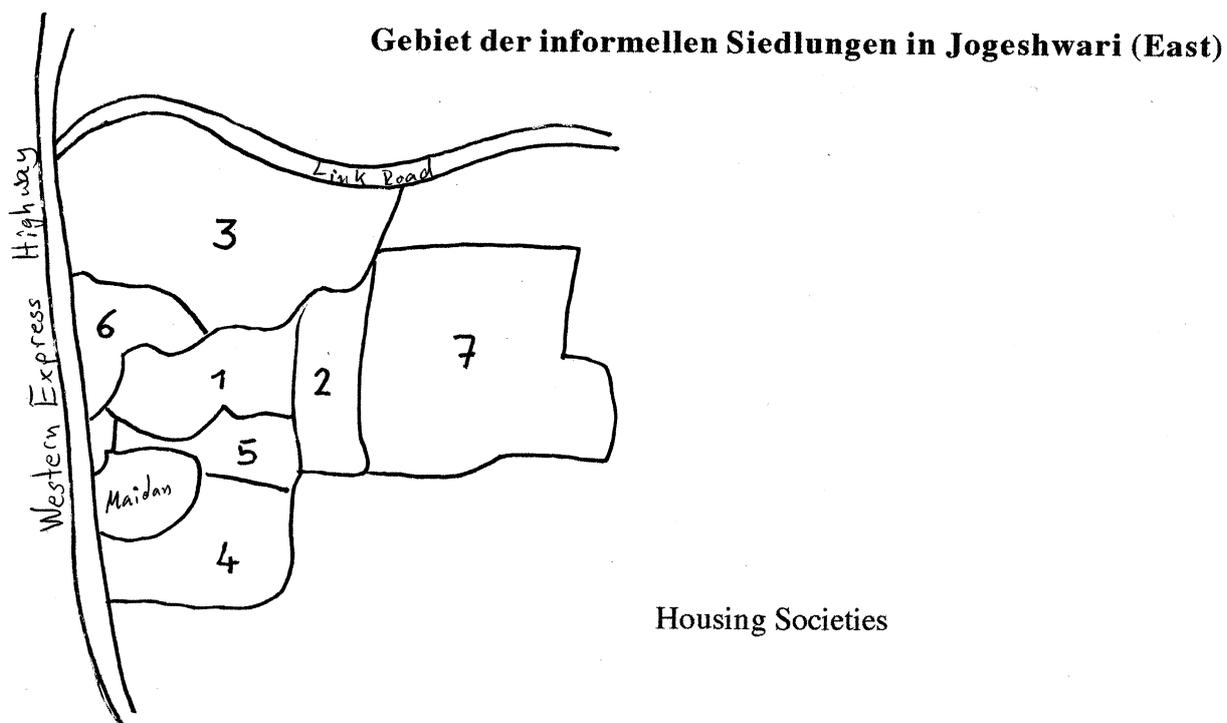
Ein entscheidendes Resultat dieser Prozesse war, daß sich die demographische Zusammensetzung des Gebiets vollständig verändert hat. Als das Gebiet besiedelt wurde, zeichneten sich die meisten Viertel durch eine religiös gemischte Siedlung aus. Heute ist die muslimische Bevölkerung ganz auf zwei kleine Gebiete konzentriert.

¹⁶Interview mit Nafis Sardar, Mitglied des Mohalla Komitees in Imamwada und Besitzer von mehreren Chawlräumen.

¹⁷ Der *Maharashtran Slum Areas Act* betrifft die ca. 60% der Bevölkerung von Bombay, die in Slums wohnen. Nachdem die Wahlkommission Wahlkampf mit bezug auf Religion und Ethnizität untersagt und durch die Suspension von Kandidaten, die dieser Weisung nicht folgten, auch unterbunden hatte, hat die Shiv Sena ihren Wahlkampf vorallem mit dem Versprechen, 4 Millionen Wohnungen für Slumbewohner (oder Wohnungen für 4 Millionen Slumbewohner - so genau weiß man das heute nicht mehr) zu bauen, geführt. Das *Slum Rehabilitation Scheme* sieht vor, daß Bauunternehmen Slumgebiete "entwickeln" und dafür im Gegenzug 25% des Landes, daß meist im Besitz der Stadt oder der Eisenbahn ist, für kommerzielle Zwecke bebauen können.

Die Bauunternehmer waren anfangs enthusiastisch, soviel Bauland umsonst zu bekommen. Doch es wurde ihnen bald deutlich, daß mit dem durch ein solches Projekt ausgelösten Bauboom auch die Immobilienpreise zusammenbrechen würden. So geriet die Verwirklichung des Plans ins Schleppen. Zudem wurde deutlich, daß zum einen keine städtischen Mittel bereitstehen, die neuen Bebauungsgebiete mit einer Infrastruktur auszustatten, und daß auch viele der berechtigten Umsiedler nicht die finanziellen Mittel für Miete und Gebühren aufbringen können würden.

¹⁸ Siehe Yuva: *Planned Segregation*, Bombay 1996, 45.



- 1: Premnagar und Bandra Plot
- 2: Meghwadi Housing Society und Shyam Nagar
- 3: Ambika Nagar, Ghandi Nagar und andere.
- 4: Hari Nagar, Shivaji Nagar und Shankar Wadi
- 5: Koliwadi, Pascal Colony, Idgah Maidan und Amina Nagar
- 6: Gandhi Nagar, Markt, Andheri Plot, Krankenhaus, Harijan Nagar, Sita Wadi und Ram Sadh.
- 7: Housing Board Colony, Sarvodaya Nagar, Inquilab Nagar, Indira Nagar und andere.

1970 waren in Gebiet 1 40% der Bevölkerung Hindu und 60 % Muslim; 1990 waren nur noch 2% Hindu und 98% Muslim.

In Gebiet 2 waren 1970 60 % Hindu und 40% Muslim; 1990 lebten nur noch Hindus im Gebiet 2. Gebiet drei und vier waren 1970 von 70% Hindus und 30% Muslimen besiedelt; 1990 waren in beiden Gebieten nur noch 1% der Bevölkerung muslimischen Glaubens.

Gebiet 5 wurde erst in den 80 Jahren besiedelt; die anfänglichen 5% Hindus hatten es 1990 alle verlassen.

Dafür waren aus dem Gebiet 7, auch erst in den 80er Jahren besiedelt, die anfänglich 20% starke muslimische Bevölkerung auf 3% geschrumpft.

Nur im Gebiet 6 verschoben sich die demographischen Verhältnisse weniger.¹⁸

¹⁸Siehe YUVA 1996, 72/73.

In Premnagar und den anderen heute rein muslimischen Gebieten ist die Bevölkerungsdichte am höchsten. Das hat die Konstruktion von zwei und drei geschössigen Häusern notwendig gemacht, die vielfach extreme bauliche Mängel aufweisen und die die Bodenpreise in die Höhe getrieben haben. In der muslimischen Enklave gibt es keine Schulen, keine Banken, keine Briefkästen, und keine anderen Zeichen der Präsenz eines Staates. Alle Gassen, die zu den Hauptverkehrsstraßen und der Bahn führen, liegen in "Hindu-Gebiet". Sogar der muslimische Friedhof liegt heute auf Hindu-Gebiet. Der Zugang zu ihm wurde aktiv unterbunden. Die Muslime mußten ihre Toten zu weit entlegenen Friedhöfen bringen.²⁰ Das Land auf dem der Friedhof liegt, ist in den „Besitz“ der Hindus übergegangen. Die wirtschaftlichen Netzwerke haben sich zum Teil von den umliegenden Gebieten abgekoppelt. Die Kabel der Fernsehverteiler, der *Cablewallas*, wurden gekappt.²¹ Nur die Männer bewegen sich noch aus dem Gebiet hinaus. Zwischen Pascal Colony und Shankarwadi wurde eine 2 Meter hohe Mauer gebaut. Diese Mauer wird als Schutz empfunden. Es gibt Stellen, an denen Türen und Tore angebracht wurden, die im Falle erneuter Ausschreitungen geschlossen werden können. Hier ist ein Ghetto entstanden.

Eine Erkenntnis der nach den Ausschreitungen von 1992/93 gegründeten Bürger-Komitees war, daß nicht nur die Probleme der Alltagsbewältigung, der Versorgung mit Wasser z.B., dem Zugang zu öffentlichen sanitären Anlagen, der Müllbeseitigung etc. vielfach zu den Ursachen der Spannungen zwischen den religiösen Gemeinschaften gehören, sondern daß die gemeinsame Bewältigung dieser Probleme auch die Gräben zwischen ihnen überwinden helfen könnte. Gemeinsame Problemlösungsprozesse und gemeinsame Bürgerbewegungen würden, so nahm man in den Nachbarschaftskomitees, den *Mohalla Committees* an, zum Abbau von Mißtrauen und Vorurteilen, und zur Identifikation gemeinsamer Interessen führen.

Doch die Komitees wurden mit einem neuen Problem konfrontiert: Es gab keine gemeinsamen Alltagsprobleme mehr, da es kein Zusammenleben mehr gab. Die gleichen Alltagsprobleme betrafen die Gruppen nun getrennt, da sie getrennt siedelten, getrennte Toiletten benützten, getrennte Wasserleitungen hatten etc. All das, was einmal zu Konflikten geführt hatte, war auseinander dividiert worden - und nun gab es kaum mehr die Notwendigkeit der Kommunikation.

Die Geschichte hört mit der Ghettoisierung nicht auf:

Parallel zu der Veränderung der demographischen Struktur über die verschiedenen Ausschreitungen hinweg, wurden immer wieder die Grenzen der städtischen Wahlbezirke

²⁰Interview mit Sajid, Mitarbeiter einer NRO für muslimische Jugendliche.

²¹Interview mit dem *Cablewalla* Badri.

verändert. Im Zuge des Bevölkerungswachstums wurden auch die Wahlkreise neu aufgeteilt. Während das Gebiet der informellen Siedlungen 1960 ein einziger Wahlkreis war, wurde er 1978 zu zweien gemacht, 1985 auf drei umverteilt und 1992 in fünf aufgeteilt. Interessanter Weise ist die Gesamte muslimische Bevölkerung, nämlich die Gebiete 1 und 5, in einen Bezirk zusammengefaßt worden. Sie bilden den Wahlbezirk mit der geringsten Wählerzahl, nämlich nur 17 890 Stimmberechtigten.²² Ein durchschnittliche Wahlkreis *der Brihan Mumbai Municipal Corporation* hat ca 30 000 Stimmberechtigte.

Nun müßte man meinen, daß dies den Muslimen zu Gute kommen könnte, als ihre Stimmen deutlich mehr zählen als andere, und sie aus diesem, ihrem eigenen Wahlkreis immer ihren Wunschkandidaten in die Stadtversammlung entsenden können. Doch sie haben damit jegliche politische *bargaining power* verloren: Keiner der Kandidaten anderer Parteien braucht ihre Stimmen. Keiner wird sich besonders bemühen, die Stimmen mit Gegenleistungen zu würdigen. Nicht nur sind sie damit von vielen Patronage-Vorteilen, die Kandidaten in ihrem Wettbewerb ihren Wählern zu Gute kommen lassen, ausgeschlossen; es ist ihnen damit jede politische Verhandlungsmöglichkeit mit anderen Parteien genommen. Sie sind in dieser Hinsicht aus dem politischen System ausgegrenzt worden.

Das kann auch im Hinblick auf die Bleiberechte gefährlich sein, denn genau die Wahlstimmen sind das letzte Restchen Macht, das so manch eine „informelle“ Siedlung noch retten kann. Berampada gibt es noch.

Wie Baburao Indira Nagar rettete

Babu Rao ist der *local leader* eines kleinen Teils von Berampada, das auf der anderen Seite des A.K. Margs liegt, sehr verletzlich und auf bestem Land, gleich neben dem schönen Gebäude von Indian Oil.

Baburao, nach seinen eigenen Aussagen aus dem gleichem Dorf wie der frühere Premier Minister Narasimha Rao, ist Christ. Er hält die Shivsena für eine Partei von Kriminellen: "*The Shivsena is entirely a goonda party. I also belong to that party. And in 14 days I will be Shaka Pramukh of the Shivsena. I joined the Shivsena because they locally have the strength. Ever since 15 years I have been with Shivsena. They are very dangerous persons. they killed so many Muslims, threw firebombs and so, you know. Now they are leaders. We elected Sarpotdar because there are no other strong leaders here, stronger than him....And Shrikant (Samolkar, JE) gave two lakhs (Rs 200 000), paved the roads and made things better here....Here in Indira Nagar there are 1500*

²²YUVA 1996, 77.

people. They all belong to the Shivsena. Because I say so. I am the leader. ... Sarpotdar needs 40% Muslim vote from his constituency only. Shrikant Samolkar wants to show himself a good leader. He will do little bits. He will give illegal contracts to some construction here. He gets money from the builder...In this locality nobody has the courage to stand up to the Shivsena. They are all afraid. But the Sena will make me rich, the Sena provides everything to Sainiks."

Baburao hat die Stimmen seiner „Schützlinge“ gegen die Bleiberechte verkauft.

Faizal, *Dada* im muslimischen Teil Berampadas, hat es ähnlich gemacht. Auch er hat gute Beziehungen zur Shivsena. Es ist ihm sogar gelungen, seinen Rivalen Kureishi als *Taripar* ("anti-social element") fürs Erste aus Bombay verbannen zu lassen. Kureishi hatte einige gerichtliche Klagen angestrengt, um Berampadas Bewohnern Bleiberechte zu verschaffen. Seit zwei Jahren wütet der Kampf, in dem beide *Dadas* ihr Territorium auszudehnen versuchen. Jetzt, wo Kureishi ausgeschaltet ist, können sich die Bewohner nicht mal mehr ihren *Dada* aussuchen. Die frühere Konkurrenz der *Dadas* hatte nämlich auch zu einem gewissen Leistungsdruck gegenüber den Klienten geführt.

Vor den Ausschreitungen wurde Berampada sowohl im Stadtparlament, der *Brihanmumbai Municipal Corporation*, wie auch im Parlament über viele Jahre hinweg durch Abgeordnete des Congress (I) vertreten. Der MP war der populäre, geradezu verehrte Filmstar Sunil Dutt.

Bei den Wahlen zur BMC 1997 haben die Muslime Berampadas die Shivsena gewählt. Es hat sich also gelohnt.

Politische Vermachtung:

Beide Strategien, durch Wegzug der gewalttätigen Vertreibung zu entgehen oder durch politische Unterstützung kommunalistische Angriffe zu verhindern, führten zu eindeutigen Veränderungen in den lokalen politischen Strukturen:

1. In Berampada wurden die Stimmen verkauft, und zwar nicht an den, der die meisten Gegenleistungen in Form von infrastruktureller Entwicklung, Formalisierung der Anrechte oder politischer Interessenvertretung erbringen konnte, sondern an den Schlagkräftigsten. Dies führt zu einer Eskalation der Kriminalisierung der Politik: Parteien stellen immer schlagkräftigere lokale Gangster auf, um die Einschüchterung ihrer Wähler durch andere zu verhindern.²³

2. Der Rückzug ins Ghetto in Jogeshwari ist eine Form des Selbstschutzes, doch die Ghettoisierung legt die Manipulation der Wahlbezirke nahe. Damit haben die Bewohner keinen politischen „Wert“ mehr. Sie verlieren ihre Verhandlungsmacht, weil keiner mit ihnen Koalitionen eingehen muß. Der Zugang zu staatlichen Dienstleistungen ist aber wesentlich von der Verhandlungsmacht lokaler Gruppen abhängig.²⁴

Darüberhinaus steigert die Segregation und Ghettoisierung die Chancen, daß lokale Konflikte kommunalistisch interpretiert und in gewalttätigen Auseinandersetzungen geregelt werden. Horowitz hat darauf verwiesen, daß der Zwang zur Koalition auch einen Zwang zur Moderation bedeutet (Horowitz 1985, Eckert 1998). Die Mohalla Komitees, die einst in der Hoffnung gegründet wurden, Vorurteile, Feindbilder und Ängste abzubauen und lokale Konflikte und Streitfälle durch Verhandlung zu schlichten, scheitern auch an der Segregation.²⁵

Insoweit diese Prozesse nun mit den Unklarheiten, Widersprüchlichkeiten, Schlupflöchern und unerwünschten (Neben-) Folgen des gesetzlichen Rahmens von Landeigentum und Landbesitz zusammenhängen, könnten sie durch die Revision der Regelungen u.U. behoben oder verbessert werden. So fordern lokale NROs :

-die Wohnrechte der informellen Siedlungen zu legalisieren und zu formalisieren, z.B. durch Pachtverträge mit dem Staat oder den legalen Eigentümern, um die Macht der Slumlords, und die mit ihnen verbundenen spezifischen Abhängigkeitsverhältnisse abzubauen und den Bewohnern mehr Rechtssicherheit zukommen zu lassen.

-den *Rent Act* und *Land Aquisition Act* zu ändern, damit legale Pacht- und Mietverhältnisse für Landeigentümer wirtschaftlich interessant werden, damit wiederum die Kriminalisierung des Marktes zu untergraben, aber auch Land und Wohnraum überhaupt wieder auf den Markt zu bringen, und damit auch der Landspekulation Grenzen zu setzen.

-Rehabilitationsmaßnahmen nach *riots* auch für illegale Bauten zu genehmigen, damit *landgrabbing* nicht funktioniert.

-eine unabhängige Wahlkreis-Kommission einzusetzen, um der Manipulation von Wahlkreisgrenzen entgegenzuwirken.

²⁴ Die „Stimmlosigkeit“ der Muslime hat in Jogeshwari z.B. auch dazu geführt, daß sie weitgehend von den Plänen für das *Slum rehabilitation scheme* ausgeschlossen werden konnten.

²⁵ Die Mohalla Komitees haben desweiteren ihre Funktion als „Bürgerforen“ verloren, weil sie 1. keinerlei Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse hatten und 2. von der Polizei dergestalt umstrukturiert wurden, daß sie nun als Instrumente des *community policing* erschienen. Siehe Eckert 1999.

– das *Slum Rehabilitation Scheme* zu evaluieren und sicherzustellen, daß in den Entscheidungsgremien, wie vorgesehen, alle Betroffenen vertreten sind.

In Bezug auf die Mobilisierung und Eskalation städtischer Unruhen muß man freilich zusätzlich vor allem auf Polizeireformen hinweisen, wie dies auch von der Untersuchungskommission der Ausschreitungen 1992/93 gefordert wird.¹ Denn, wie der Polizist Vibuthi N. Rai konstatiert: „*No riot can last longer than 24 hours if the state does not want it to.*“

Aber was können wir sonst noch aus der Geschichte von Berampada und Jogeshwari lernen? Städtische Unruhen, gerade kommunalistische Ausschreitungen, werden immer wieder den Armen zugeschrieben. Es sei „der Mob“, der sich schlägt. Es seien die, die es auf Grund ihres Unwissens oder ihrer unzivilisierten Natur nicht besser wüßten. Die, die noch so „traditionell“, so „indisch“, seien und so fest in den angestammten Gruppengrenzen verankert, daß sie nur als Gruppen handelten.² Es trifft zu, daß die Zuwanderer in den Städten heute meist nach ihren Herkunftsorten, nach Kastenzugehörigkeit (und Religion) getrennt siedeln, daß sie auf Netzwerke der Unterstützung zurückgreifen, die sie aus ihren Dörfern mitbringen, sie weiter pflegen und ausbauen. Bei der anfänglichen Besiedlung ist aber meist nur die unmittelbare „Bekanntheit“, ausschlaggebend, die gemeinsame lokale Herkunft. Die Ausdifferenzierung in religiös- und Kasten-homogene Siedlungsstrukturen geschieht in der Stadt. Es sind Prozesse wie in Jogeshwari, die die Gemeinschaftsstrukturen der Migration (die sich teils auch von denen der Dörfer unterscheiden) auflösen.

Auch die quasi-feudalen Verhältnisse, in denen die Bewohner der „informellen“, Siedlungen leben und in denen sie vor allen Dingen ihre politischen Rechte wahrnehmen, sind nicht Resultat unabänderlicher Strukturen und Bindungen, nicht Resultat traditioneller mentaler oder kultureller Dispositionen, sondern Resultat der Rechtsunsicherheit und der damit verbundenen „Vermachtung“, (Elwert). Die ökonomischen und machtpolitischen Gelegenheiten, die Slumlords, „Dadas“, und Shivsena-Führer nutzen, und die die genannten quasi-feudalen Strukturen bestimmen, entstehen in den „rechtsoffenen“ (und gewaltsoffenen Räumen, Elwert 1997), die für die wirtschaftlichen Entwicklungen rapider Verstädterung so typisch

¹ Siehe den Bericht der Shri Krishna Kommission 1998

² So gehen auch renommierte indische Wissenschaftler wie Ashish Nandy oder Satish Saberwal - und in ihrer Folge die Kulturrelativisten Europas - davon aus, das Indien auf Grund seiner kollektiven Strukturen (Saberwal) und seiner religiösen Kultur (Nandy) nicht reif oder nicht geeignet für die Demokratie nach Muster des westlichen Säkularstaates sei. Man muß betonen, daß dem nicht nur von indischer Seite aus immer wieder widersprochen wurde, sondern daß diese Analyse täglich durch die aktive Nutzung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen widerlegt wird.

sind, - die aber gleichzeitig Konfliktformen begünstigen, die für die wirtschaftliche Entwicklung oft nachteilig wirken.²⁸

Es liegen also zwei Schlußfolgerungen nahe. Die eine betrifft die Frage der Vermachtung in Prozessen der Landaquisition. Die andere ist genereller und betrifft die Frage der sozialen Verortung von Konfliktregelungsformen.

1. Die Ineffizienz und Unzugänglichkeit rechtsstaatlicher Institutionen schafft rechtsoffene Räume, die von Vermachtung gekennzeichnet sind.

Die indische Justiz ist relativ unabhängig. Ihr Versagen scheint weniger in der Korruption, der Käuflichkeit zu liegen, als daran, daß gerade zivilrechtliche Prozesse von extrem langwierigen und auch teuren Hürden gespickt sind, sodaß parastaatliche Gerichtsbarkeiten und ihre schnelle Rechtssetzung, unterstützt durch eine schlagkräftige "Exekutive", für Rechtssuchende attraktiv werden - und die staatliche Gerichtsbarkeit ersetzen. Zudem: wenn man keine Rechte hat, die man einklagen kann, hilft auch eine unabhängige Justiz nicht

*"For the people, anything is better than paying lawyers fees and then waiting endlessly for judgements to be passed. We have had lok panchayats long before they were sanctified by law and I think this (the Shaka courts JE) is nothing but common lok adalat, as now favoured by the government."*²⁹

In Bombay sind es die Shakas, die Ortsvereine der Regierungspartei Shivsena, die eine Alternative zu den staatlichen Institutionen bieten. Die Shakas verdeutlichen aber auch ein Problem aller Hoffnungen auf eine kommunitaristische Organisation von Recht: Möglicherweise „traditionelle“ Institutionen der Konfliktregelung werden im Prozess ihrer Integration in einen politischen Rahmen, in dem über die Zuteilung von (staatlichen) Ressourcen entschieden wird, transformiert und werden zu Institutionen, in denen nicht nur Konflikte geregelt, sondern auch klientelistische Machtbeziehungen etabliert werden. In diesen können rechtliche, ökonomische und politische Chancen monopolisiert werden.

2. Formen der Konfliktregelung sind an strukturelle Bedingungen gebunden und nicht sozial oder kulturell determiniert. Kommunalistische Ausschreitungen können zwar nicht auf die damit verbundenen instrumentellen Zwecke und materiellen Gewinnchancen reduziert werden, sie

²⁸In Indien war es oft die Geschäftswelt, die, nachdem sie kommunalistische Ausschreitungen teilweise finanziert hatte, in der Hoffnung, Marktanteile zu gewinnen oder Konkurrenten auszuschalten, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung einklagte, nicht nur weil während der Unruhen die Abwicklung wirtschaftlicher Prozesse unterbrochen wurde, sondern auch weil die wirtschaftlichen Verflechtungen bedeuteten, daß alle durch die Verluste des einen geschädigt wurden.

sind gleichzeitig aber weder Resultat sozio-kultureller Dispositionen noch von Deprivation. Sie sind eingebettet in politische Mobilisierungsprozesse, (Eckert 1998) und werden wahrscheinlich in Situationen, in denen politische und ökonomische Chancen, sowie Rechtssicherheit „vermachtet“ sind.

Literatur:

Eckert, Julia, 1998: Ethnizität, Konflikt und politische Ordnungen: Theorien und Befunde im Überblick. In: Roland Eckert (Hg.): Die Wiederkehr des „Volksgeistes“?. Opladen.

Eckert, Julia, 1999 b: Rituale und Verfahren der Schlichtung: Die Mohalla Committees in Bombay. Im Erscheinen.

Elwert, Georg, 1997: Gewaltmärkte: Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt.“ In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37: S. 86 - 101.

Horowitz, Donald, 198): Ethnic Groups in Conflict. Ithaca.

Katzenstein, Mary Feinsod, 1979: Ethnicity and Equality: The Shivsena Party and Preferential Policies in Bombay. Ithaca.

Nandy, Ashish, 1991: The Politics of Secularism and the Recovery of Religious Tolerance. In: Veena Das: Mirrors of Violence. New Delhi, S.69 - 93.

Saberwal, Satish, 1997: On the Diversity of Ruling Traditions. In: Kaviraj, Sudipta: Politics in India. New Delhi, S.124 - 140.

YUVA (1996): Planned Segregation. Bombay.

²⁹Interview mit Sudha Churi Vorsitzende der Mahila Aghadi, des Frauenflügels der Shivsena, April 31, 1997.